

«Ich glaube nicht, dass wir frieren müssen»

Die drohende Energiekrise im Winter treibt auch die Stadt St. Gallen um. Stadtrat Peter Jans über Engpässe, Sparen und Klimaneutralität.

Interview: Luca Ghiselli

Ganz Europa diskutiert seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine über Strom- und Gasknappheit. Müssen St. Gallerinnen und St. Galler diesen Winter frieren?

Peter Jans: Nein, das glaube ich nicht. Wie ernst die Mangellage sein wird, hängt aber von vielen Faktoren ab. Viele davon können wir nicht beeinflussen, einen aber schon.

Den eigenen Verbrauch?

Ja, auf den Verbrauch und die Nachfrage haben wir alle gemeinsam einen Einfluss. Eine Mangellage bedeutet ein Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Da können alle etwas machen.

Also eben, frieren?

Nein. Wenn man die Heizung nur ein wenig runterdreht, kann bereits viel erreicht werden. Ein Grad gleich sechs Prozent Energieeinsparung. In diesem Sinn müsste es also möglich sein, dass wir uns alle zusammenraufen. Dann müssen wir auch nicht frieren.

Den Stadtwerken sind in der Tat fast die Hände gebunden im globalen Markt. Gibt es trotzdem etwas, das man angebotsseitig unternehmen kann, um einen Mangel abzuwenden?

Selbst mehr Angebot bereitzustellen, ist keine kurzfristige Angelegenheit. Mittel- und langfristig haben wir hier Spielraum, vor allem bei der Photovoltaik. Aber es ist schon so: Bei der Beschaffung bewegen sich die Stadtwerke weitgehend am Markt. Wer jetzt Energie einkaufen muss, muss exorbitante Preise bezahlen. Ob die Energie dann aber auch bereitsteht, wenn sie gebraucht wird, ist eine andere Frage. Und das liegt definitiv nicht in unserer Hand.

Seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine wollen viele Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer plötzlich umsteigen: Weg von Öl und Gas, hin zu Wärmepumpen, Erdsonden, Fernwärme. Das spielt Ihnen beim Klimaziel Netto-Null eigentlich in die Karten. Geht es also nur über das Portemonnaie?

Ich denke, dass die aktuelle Situation einen Schub geben wird in diese Richtung. Dass man erkennt, wie abhängig wir sind von fossilen Energien, vom Ausland, von Russland. Jetzt kann man sagen: Schade, braucht es eine solche Situation. Aber ich glaube nicht, dass es nur ums Portemonnaie geht.

Sondern?

Die Versorgungssicherheit. Das war bis vor kurzem für die breite Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit, auch wenn in Fachkreisen seit einigen Jahren über mögliche Energieengpässe diskutiert wird. In der breiten Öffentlichkeit ist das Thema jedenfalls erst jetzt richtig angekommen.



«Wenn die Sparappelle nicht genug fruchten, haben wir nichts mehr zu sagen»: Peter Jans, Direktor Technische Betriebe, über die Zuständigkeiten bei drohenden Strom- und Gasengpässen im Winter. Bild: Donato Caspari (26. August 2022)

Die Stadt St. Gallen hat sich mit ihrem Energiekonzept verhältnismässig früh auf den Weg gemacht, sich von den fossilen Energien zu lösen. Die Fernwärme wurde ausgebaut, das Kehrheizkraftwerk ebenfalls. Es reicht aber noch nicht, oder? Das Ganze ist mit einer Zeitschiene hinterlegt. Ein Umbau in dieser Grössenordnung braucht einfach Zeit. Ein Wirtschafts- und Energiesystem, das auf fossilen Energien aufbaut und während mehr als 100 Jahren entstanden ist, kann man nicht in fünf oder zehn Jahren komplett umkrempeln. Deshalb hat das Energiekonzept auch den Horizont 2050. Wir wissen aber, dass nicht nur die Energiefrage, auch die Klimafrage eigentlich ein schnelleres Tempo verlangen. Womöglich wird diese Krise auch dazu führen, dass wir sagen: Wir müssen einen Zacken zulegen und schneller vorgehen, als wir bisher dachten.

2050 ist also ein Kompromiss zwischen der gesellschaftlichen Realität und der wissenschaftlichen Dringlichkeit.

Ja. Natürlich wird das Tempo ein Stück weit auch vom technologischen Fortschritt diktiert. Aber technologisch ist immer mehr möglich. Es sind die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Komponenten, die vor allem Zeit brauchen. Ist beispielsweise die Akzeptanz da, Eingriffe in die persönliche Freiheit in Kauf zu nehmen? Oder die Bereitschaft, eine Heizung zu ersetzen, die noch nicht amortisiert ist? Klar ist: Ohne Regulierungen geht es nicht. Man muss den Wandel regulatorisch verankern. Und weil wir

in einer Demokratie leben, braucht es dafür die Akzeptanz einer Mehrheit.

Über mangelnde Akzeptanz können Sie sich nicht beschweren. Das städtische Stimmvolk hat zur Fernwärme, zum Ausbau des KHK, zum Klimaartikel überdeutlich Ja gesagt.

Das ist so. Das Energiekonzept ist in der Bevölkerung gut verankert, und das zeigt sich bei den jeweiligen Abstimmungsergebnissen. Allerdings setzt unser Energiekonzept auf Stadtebene auf freiwillige Massnahmen. Niemand wird gezwungen, einen Fernwärme-Anschluss zu installieren oder eine Photovoltaikanlage zu bauen. Wir versuchen, es mit guten Angeboten und Förderbeiträgen hinzukriegen.

Mehr können Sie nicht machen?

Die Stadt alleine kann die Energiewende nicht umsetzen. Wir sind in vielen Bereichen nicht befugt, Massnahmen zu erlassen oder durchzusetzen. Wir sind die dritte Staatsebene, und vieles wird vorgegeben von Bund und Kantonen.

Zum Beispiel bei den Wärmedämmungen von Gebäuden.

Ja, da kann die Stadt keine Anforderungen stellen. Das hat der Kanton gemacht. Und unser Kanton ist in diesem Bereich nicht der Fortschrittlichste. Aber das gilt jetzt. Und wir versuchen, das jetzt umzusetzen. Aber es stimmt schon: Die Stadtbevölkerung ist sehr offen, das hat man bei allen Abstimmungen gesehen. Das Bewusstsein ist da, dass wir als Gesellschaft diesen grossen Wandel hin zur

Kreislaufwirtschaft vollziehen müssen.

Dazu gehört auch die Fernwärme. Wobei die Kreislaufwirtschaft noch nicht ganz vollzogen wird. An Spitzentagen in den Fernwärmezentralen mit Gas und Öl zugeheizt. Gibt es Bestrebungen, sich auch hier von fossilen Brennstoffen zu lösen?

Vorneweg: 2021 wurde 14 Prozent mit Gas zugeheizt, 10 Prozent mit Öl. In der Regel ist es also mehr Gas als Öl. Das könnte sich diesen Winter aber ändern. Wir werden sehen, ob die Fernwärme auch umstellen muss – wie andere Zweistoffkonden. Aber wir haben auch hier einen langfristigen Plan. Und das Ziel, dass die Fernwärme spätestens bis 2050 klimaneutral beziehungsweise ohne fossile Energieträger betrieben wird. Eine Option ist das Zuheizen durch erneuerbares Gas. In der Energiewirtschaft geht man davon aus, dass es möglich sein wird, dies im grossen Stil herzustellen. Eigentlich wäre das heute bereits möglich, wenn man genug Sonnenenergie hätte.

Und wo soll das passieren?

Vermutlich in Ländern, die sehr sonnenreich sind. Auf der arabischen Halbinsel zum Beispiel. Dort könnte erneuerbares Flüssiggas bereits aus Sonnenstrom und Wasser produziert werden. Aber eben: Auch diese Transformation braucht Zeit. Sofort geht das nicht.

Die Frage ist: Haben wir denn diese Zeit?

Man muss die Relationen sehen: Die Fernwärme besteht heute zu 70 Prozent aus Abwärme aus dem Kehrheizkraftwerk. 30 Prozent der Wärme kommt von

fossilen Energieträgern. Aber: Es ersetzt ein System, das zu 100 Prozent fossil war. Immerhin Faktor drei, jetzt schon. Wer helfen möchte, dass diese Transformation gelingt, kann seit 1. Juli einen entsprechenden Fernwärmemix wählen, analog zum Strommix. Man hat die Wahl zwischen vier Produkten, die sich im ökologischen Anteil unterscheiden. Auch das hat aber seinen Preis. Das können wir nicht ändern.

Man könnte provokativ auch sagen: Wir produzieren zu wenig Abfall, um das Fernwärmenetz zu 100 Prozent aus der KHK-Abwärme zu speisen.

Nein, auch wenn ich das ab und zu höre. Unsere Entsorgung zeigt mit diversen Kampagnen, dass man sich bemüht, Abfall zu vermeiden. Kreislaufwirtschaft wird hochgehalten in der Philosophie. Tatsache ist: Es hat in den letzten 20, 30 Jahren immer etwa gleich viel zu verbrennende Abfälle gegeben. Und die Zero-Waste-Vision ist noch in weiter Ferne, auch wenn die Schweiz gut im Recycling ist. Die Idee ist jedenfalls nicht, dass die Anstrengungen zur Abfallvermeidung gemindert werden.

Bei der Fernwärme ist auch noch einiges geplant. Eine dritte Ausbauphase dürfte anstehen.

Die zweite Ausbauphase im Osten der Stadt dauert noch bis etwa 2025. Seit dem Beschluss dieser Etappe vor fünf Jahren ist aber das Netto-Null-Ziel mit dem Klimaartikel hinzugekommen. Das heisst auch, dass die Stadt St. Gallen die Fernwärme weiter ausbauen muss. Dafür haben die Stadtwerke vom Stadtrat den Auftrag erhalten,

mit den Vorbereitungen zu beginnen. Und das heisst wiederum, dass es eine weitere Vorlage inklusive Volksabstimmung geben wird – voraussichtlich 2023.

Diesen Winter könnte aber nicht nur das Heizen zum Problem werden, sondern auch der Strom knapp. Da hat die Stadt bei der Produktion nur einen grossen Hebel: die Solarenergie. Hier hinkt man dem Potenzial aber seit Jahren hinterher.

Die Photovoltaik ist das, was überall lokal umsetzbar ist. Der Stadtrat hat ein Ziel zur installierten Leistung festgelegt. Soll das erreicht werden, brauchen wir jährlich 4,5 Megawatt Peak Zuwachs. Das ist etwa dreimal mehr als bisher, es braucht also ein schnelleres Wachstum. Aus diesem Anlass hat der Stadtrat eine zusätzliche Förderung aus dem Energiefonds geschaffen und verdoppelt den leistungsabhängigen Beitrag des Bundes. Das lohnt sich: Der Zubau war noch nie so gut wie 2021.

Auch das ist aber ein schrittweiser Prozess. Dabei könnten die Strom schon bald knapp werden. In anderen Städten wird diskutiert, etwa die Weihnachtsbeleuchtung diesen Advent nicht aufzuhängen. Wie stellt sich die Stadt bezüglich Abschaltungen und Notfallplänen auf?

Abschaltungen sind die vierte und letzte Stufe, die es unbedingt zu vermeiden gilt. Aber die Zuständigkeit liegt beim Bund. Umgesetzt wird es von Ostral (Anm. d. Red. Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen). Sicher ist, dass es einschneidend würde. Umso mehr gilt es, sicherzustellen, dass es nicht so weit kommt.

Wie könnte das gelingen?

Es gibt verschiedene Vorstufen. Es geht vor allem darum, den Verbrauch zu reduzieren. Der Stadtrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie hat den Auftrag, mögliche Massnahmen zum Energiesparen zu prüfen und auszuarbeiten. Für Ergebnisse ist es aber noch zu früh. Klar ist: Wenn die Sparappelle nicht genug fruchten, haben wir nichts mehr zu sagen. Dann sagt der Bund, was zu tun ist. Und die Netzbetreiber sind verpflichtet, das umzusetzen.

Die Strompreise steigen

Am Donnerstag haben die St. Galler Stadtwerke ihre Tarifanpassungen für Stromkundinnen und -kunden bekanntgegeben. Die Preise steigen wegen der europäischen Energiekrise markant – bis zu 30 Prozent. Ein durchschnittlicher Vier-Personen-Haushalt zahlt gemäss Mitteilung 2023 rund 24 Franken mehr pro Monat – oder 284 Franken pro Jahr. Bei einem mittleren Betrieb betragen die jährlichen Mehrkosten zum Beispiel rund 8500 Franken. (sk/ghi)